Einblicke

Oktober / November 2026

Berichte aus Fraktionen der Linken
im Landkreis Teltow-Fläming
www.dielinke-tf.de/kreistagsfraktion

Alle Fotos: privat



Teltow-Fläming

Vielfalt und Gleichberechtigung – Selbstverständliches ist nicht selbstverständlich

Akzeptiert werden, sich selbst frei entfalten können, seine Rechte aus unserem Grundgesetz wahrnehmen, gesehen werden, gleichberechtigt sein – alles, was in unserem Land eigentlich selbstverständlich sein sollte, wird nicht allen Menschen zugestanden. Unter dem Begriff Queer versammeln sich lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, intergeschlechtliche, nicht-binäre und weitere queere Menschen. Queere Menschen leben überall, auch im Landkreis Teltow-Fläming. Sie sind Teil unserer Familien, unserer Schulen, unserer Arbeitsplätze, unserer Vereine und unserer Nachbarschaften. Trotzdem erleben viele queere Menschen weiterhin Gewalt, Bedrohung, Diskriminierung, Ausgrenzung und Unsicherheit.

Um darauf aufmerksam zu machen und dagegen zu protestieren, gibt es jedes Jahr die Christopher-Street-Day-Demonstrationen, kurz CSD.

In dem Zusammenhang fand in unserem Landkreis vom 11. bis 19. September eine Pride-Woche statt. Zu deren Auftakt wurde im Beisein unseres Kreistagsfraktionsvorsitzenden Felix Thier die Regenbogenfahne vor dem Kreishaus in Luckenwalde gehisst. Landrätin Kornelia Wehlan (Die Linke) und der Erste Beigeordnete Michael Grunst setzten damit gemeinsam ein sichtbares Zeichen für Vielfalt, Toleranz und Gleichberechtigung. Die Veranstaltung fand mit der Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragten des Landkreises sowie einigen Bürger*innen statt. Höhepunkt der Pride-Woche war sicherlich der erste CSD in Jüterbog, an dem mehrere hundert Menschen teilnahmen und bunt, fröhlich, sowie sicht- und hörbar vom Jüterboger Bahnhof zum Rathaus und zurück durch die Jüterboger Innenstadt zogen.

Die auf dem CSD vorgebrachten sechs Forderungen sollen hier kurz erwähnt werden.

Als Erstes wurde eine **queere Beratungsstelle im Landkreis** gefordert. Diese Stelle soll queeren Menschen aller Altersgruppen sowie ihren Angehörigen und Bezugspersonen eine verlässliche Anlaufstelle bieten und sie bei individuellen, rechtlichen und sozialen Herausforderungen unterstützen. Ziel sei, queere Menschen im Landkreis zu stärken, Diskriminierung abzubauen und eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu fördern.

Zusätzliche zur Gleichstellungsbeauftragten brauche der Landkreis **eine Queer-beauftragte Person.** Diese Person soll als zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für queere Menschen, Initiativen, Vereine, Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen, Kommunen und die Kreisverwaltung dienen.

Weil sich im Dezember 2024 im Kreistag die beiden Fraktionen CDU/Bauernverband/VUB/FDP und AfD einig waren und gemeinsam abstimmten, gilt seitdem ein Gender-Verbot für die Verwaltung des Landkreises. Die **Abschaffung des Gender-Verbotes** war daher eine weitere Forderung des CSD. Eine öffentliche Verwaltung trage besondere Verantwortung. Sie soll für alle Menschen da sein. Dazu gehöre auch, dass Mitarbeitende die Möglichkeit haben, respektvoll und diskriminierungssensibel zu kommunizieren. Ein pauschales Verbot setze hier das falsche Zeichen und vermittle gleichzeitig den Eindruck, dass geschlechtliche Vielfalt in der öffentlichen Verwaltung unerwünscht sei.

Der Landkreis soll seine **Haltung zu queeren Menschen** auf seiner **Webseite sichtbar, klar und dauerhaft darstellen.** Dazu gehöre eine klare Positionierung gegen Queerfeindlichkeit, die Benennung von Ansprechpersonen sowie Hinweise auf Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Der Landkreis soll sich für die **Aufnahme von sexueller und geschlechtlicher Identität** in Artikel 3 Abs. 3 des **Grundgesetzes** einsetzen und so dafür sorgen, dass beides vor Diskriminierung geschützt wird.

Die letzte Forderung ist die **Förderung queerer Jugendarbeit.** Das Jugendamt des Landkreises sowie alle Träger der freien Jugendhilfe sollen bedarfsgerechte, niedrigschwellige und dauerhaft finanzierte Angebote für queere Jugendliche schaffen und ausbauen. Es brauche verlässliche Anlaufstellen und Strukturen, die das ganze Jahr über erreichbar seien.

Für unsere Fraktion nahm deren Vorsitzender, Felix Thier, diese Forderungen auf dem CSD in Jüterbog schriftlich entgegen. Wir als Fraktion fühlen uns den Punkten verpflichtet und werden uns für eine Umsetzung einsetzen.

Felix Thier,
Vorsitzender der Fraktion
Die Linke/Die PARTEI-PDS

Teltow-Fläming

Bericht aus dem September-Kreistag


Foto: privat

Fraktion Die Linke/Die PARTEI-PDS im Kreistag Teltow-Fläming: Mathias Koepke, Doreen Schulze, Angelika Linke, Max Zauber und Felix Thier (v. l. n. r.), es fehlt Dr. Rüdiger Prasse.

Auf der September-Sitzung des Kreistages gab es eine Rede durch den 1. Beigeordneten und fachlich zuständigen Dezernenten, Michael Grunst zur Situation in der Eingliederungshilfe im Jugendamt. Er entschuldigte sich im Namen der Verwaltung bei den Betroffenen für zu lange Wartezeiten und machte klar, dass Personalmangel auf der einen, sowie gleichzeitig gestiegene Bedarfe auf der anderen Seite zu den Verzögerungen führten. Weitere Gründe seien längere Dauer bei zu stellenden Diagnosen, Stichwort Mangel an Fachpersonal, sowie fehlende Unterlagen. Auch wurde der Jugendhilfeausschuss über die Probleme nicht zeitnah informiert. Mit Verweis auf die Infos aus der Informationsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt sei aber in den letzten Wochen schon viel erreicht worden, so Michael Grunst. Mit fünf Punkten solle noch mehr Verbesserung eintreten:

1. Eine neue interne Organisationsstruktur solle dazu führen, dass Anträge schneller abgearbeitet werden und sich das Jugendamt weiterentwickle. Auch habe man mehr Personal geholt. Ein Monitoring komme und eine Krisenampel, welche Überlastungen anzeige, sei eingeführt.

2. Hilfen müssten schnell und einfach kommen, so Michael Grunst. Die Perspektive der Betroffenen sei einzunehmen. Betont wurde aber auch, dass der durch die Verwaltung zu erstellende Bescheid das eine sei. Die verfügbare Hilfe durch externe Dienstleister*innen, Stichwort Fachkräftemangel, sei aber das andere.

3. Das eigene Personal in der Verwaltung sei zu qualifizieren und zu stärken, klare Verantwortung und gute Führung seien wichtig. Gegen einen Generalverdacht gegen die Beschäftigten verwehre er sich aber, so Grunst. Probleme seien anzusprechen und die Beschäftigten zu stärken.

4. Man werde sich neutralen und fachlichen Blick von außen holen. Diese Erkenntnisse werde man im Jugendhilfeausschuss präsentieren und umsetzen.

5. Jugendhilfe sei vom Kind aus zu denken. Überhaupt sei insgesamt vorbeugender zu denken und zu handeln. Also nicht erst, wenn Probleme aufgetreten seien. Dazu bedürfe es niedrigschwelliger Angebote und auch hier sei das Jugendamt weiterzuentwickeln.

Beschäftigt hat sich der Kreistag auch mit einem Antrag »Schutz besonders geschützter Wildtierarten vor automatisierten Rasenmährobotern – Einführung einer kreisweiten Regelung der Nachtbetriebszeiten«.

Oder kurzgesagt: es geht (auch) um Igel-Schutz. Der Antrag kam von der Fraktion SPD/Grüne und geht aus unserer Sicht in die richtige Richtung, ganz klar. Mähroboter sind gerade in der Nacht eine Gefahr für kleine Tiere wie zum Beispiel Frösche, Kröten und Igel. Allerdings hatten wir so unsere Bedenken, ob man mit Verboten und neuen Vorschriften, die ja am Ende auch immer zu kontrollieren sind, wirklich in der Sache weiterkommt. Unsere Intention bei dem Thema ist eher eine Art Appell an die Bürger*innen. Das haben wir der antragstellenden Fraktion im Vorfeld der Kreistagssitzung signalisiert.

Insgesamt zeigte sich wohl, dass das Thema noch etwas intensiver debattiert werden soll. Denn von der SPD/Grüne-Fraktion kam dann in der Sitzung der Wunsch, den Antrag an den Fachausschuss zu geben und noch nicht in der Sache abzustimmen. Daher gab es vom Kreistag die Antragsüberweisung in den Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt. Dafür waren fast alle Kreistagsmitglieder, eine Nein-Stimme kam von einem AfD-Mitglied, enthalten haben sich ein CDU-Mitglied und ein Vertreter des Bauernverbandes.

Felix Thier,
Vorsitzender der Fraktion Die Linke/Die PARTEI-PDS

Gemeinde Niedergörsdorf

Die neue ist die alte Bürgermeisterin

Mit 89 Prozent der Stimmen wurde Doreen Boßdorf (parteilos, angetreten für die Bürgergemeinschaft der Gemeinde Niedergörsdorf) am 23. August 2026 für weitere acht Jahre zur Bürgermeisterin von Niedergörsdorf gewählt, ohne Gegenkandidatur, aber mit erreichtem Quorum. Die neue Amtszeit beginnt offiziell im Januar 2027. Grund genug, einen Blick auf Frau Boßdorfs Pläne zu werfen und zu fragen, wo unsere Fraktion sie unterstützt und wo wir kritisch bleiben.

Im Ortsteil Altes Lager will die Bürgermeisterin das Areal am Bahnhof entwickeln, eine Mischung aus Wohnraum, Kleingewerbe, Verwaltung sowie Räumen für Jugend und Gemeinschaft; auch das dortige Gewerbegebiet soll weiter ausgebaut werden. Beim Ausbau erneuerbarer Energien bekennt sich Frau Boßdorf zu einer »kontrollierten« Entwicklung, bei der die Gemeinde aktiv steuert und einen Ausgleich zwischen Interessen der Bürger*innen und Investor*innen herstellt. Für die Mobilität in den 22 Ortsteilen plant die Bürgermeisterin ein Rufbusangebot als Ergänzung zum Linienverkehr sowie einen ehrenamtlichen Fahrservice. Angesichts der angespannten Haushaltslage verspricht sie sparsames Wirtschaften, konsequente Nutzung von Fördermitteln und klare Prioritäten. Wichtig sind ihr zudem Wohnraum für junge Familien, ein guter Lebensabend für Ältere sowie der Erhalt aller Kita-Standorte und Investitionen in den Schulstandort. Wo unterstützt unsere Fraktion: In sozialen Anliegen trifft sich Frau Boßdorfs Kurs mit unseren eigenen Forderungen: Bildungschancen, der Erhalt von Kita- und Schulstandorten sowie sozial gerechte, lokale Energiekonzepte sind seit Jahren unsere Themen. Auch den Ansatz, den Ausbau erneuerbarer Energien nicht allein den Investor*innen zu überlassen, sondern Interessen der Bürger*innen aktiv einzubringen, unterstützen wir. Hier bleiben wir Treiber in der Gemeindevertretung.

Wo bleiben wir kritisch: Ein Fahrservice auf Ehrenamtsbasis kann eine verlässliche, öffentlich finanzierte Anbindung der Dörfer nicht ersetzen, gerade für Menschen ohne eigenes Auto. Bei der »angespannten Haushaltslage« werden wir genau hinschauen, dass Sparzwang nicht zulasten sozialer Infrastruktur geht. Und bei der Flächenentwicklung am Bahnhof Altes Lager pochen wir darauf, dass bezahlbarer Wohnraum nicht zur Randnotiz neben Gewerbe wird.

Wir wünschen Doreen Boßdorf für die neue Amtszeit gutes Gelingen und bleiben konstruktiv-kritische Begleitung in Niedergörsdorf.


Foto: privat

Marcel Wolf,
Mitglied der Gemeindevertretung, Fraktion Die Linke

Gemeinde Am Mellensee

Wenn Familien fehlen, darf die Antwort nicht nur Kürzung heißen

Am Mellensee steht vor einer politischen Richtungsentscheidung: Wollen wir den demografischen Wandel nur verwalten – oder wollen wir aktiv dafür sorgen, dass Familien hier eine Zukunft haben? Die Entwicklung ist deutlich: Zwischen 2021 und 2025 stiegen die Kinderzahlen, Kita-Plätze und Personal wurden ausgebaut. Nun sinken die Belegungszahlen: von 304 Plätzen im Juli 2025 auf 272 ein Jahr später. Für 2027 werden rund 256, für 2028 nur noch etwa 230 belegte Plätze erwartet. Die Folge: Ab Sommer 2027 rechnet die Verwaltung mit einem Personalüberhang von 11,7 Vollzeiteinheiten – rund 14 Beschäftigten.

Erst mehr Kinder – dann weniger Personal

Als Familien zuzogen und neue Wohngebiete geplant wurden, musste die Gemeinde Betreuungskapazitäten schaffen. Die neue Kita in Mellensee wurde eröffnet. Heute wird gleichzeitig festgestellt, dass größere Bauvorhaben in Mellensee, Saalow und Klausdorf voraussichtlich nicht umgesetzt werden. Damit darf sich die politische Debatte nicht auf die Formel »Weniger Kinder = weniger Personal« reduzieren. Die entscheidende Frage lautet: Warum fehlen Familien – und was tut die Gemeinde dagegen?

Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum, gute Kitas und Schulen, sichere Wege und eine funktionierende Infrastruktur. Wenn Wohnraum fehlt und Bauvorhaben ausbleiben, darf die Gemeinde nicht einfach auf sinkende Kinderzahlen reagieren, als seien diese ein unabänderliches Schicksal.

Die neue Kita – und die verpasste Entwicklung

Die neue Kita steht heute für eine Planung, deren Voraussetzungen sich verändert haben. Das Land finanziert pädagogisches Personal auf Grundlage der Kinderzahlen. Darüber hinausgehendes Personal müsste die Gemeinde selbst finanzieren – angesichts der Haushaltslage kaum dauerhaft möglich. Das ist haushalterisch nachvollziehbar. Aber es ist keine politische Antwort auf die Frage, wie Am Mellensee wieder attraktiver für Familien werden soll. Wer ausschließlich Stellen abbaut, spart kurzfristig Geld. Er verändert aber nicht die Ursache des Problems.

Was ist uns unsere soziale Infrastruktur wert?

Die Gemeindevertretung muss deshalb über Prioritäten sprechen. Nicht nur: »Wie viele Erzieherinnen können wir uns leisten?« Sondern auch: »Was sind wir bereit zu tun, damit Familien hier bleiben oder neu zu uns kommen?«

Dazu gehört vor allem bezahlbarer Wohnraum. Eine Gemeinde kann nicht gleichzeitig Familien gewinnen wollen und darauf warten, dass der Wohnungsmarkt das Problem von allein löst.

Investieren geht offenbar trotzdem

Für die neue Feuerwache in Mellensee werden weiterhin erhebliche Mittel eingesetzt; das Land fördert das Projekt mit 960.000 Euro. 2026 kamen weitere 880.000 Euro für zwei Löschgruppenfahrzeuge hinzu. Feuerwehr und Katastrophenschutz sind unverzichtbar. Aber gerade deshalb muss die Gemeindevertretung offenlegen, nach welchen politischen Maßstäben Investitionen priorisiert werden, wenn gleichzeitig bei der sozialen Infrastruktur über Personalabbau gesprochen wird. Es geht nicht um Feuerwehr gegen Kita. Es geht darum, welche Zukunft Am Mellensee gestalten will.

Am Mellensee braucht eine Zukunftsstrategie

Nötig ist eine aktive Familien- und Wohnbaupolitik: bezahlbarer Wohnraum, verlässliche Kitas und Schulen, gute Bedingungen für Beschäftigte und eine vorausschauende Planung von Wohnungsbau und Infrastruktur.

Kinder sind kein Haushaltsproblem. Sie sind Zukunftspolitik.

Deshalb sollte die Gemeindevertretung nicht nur darüber beraten, wie viele Stellen gestrichen werden müssen. Sie sollte darüber entscheiden, warum junge Familien fehlen – und was Am Mellensee konkret dagegen unternehmen will. Denn Personalabbau ist eine Reaktion. Eine Familienstrategie wäre Politik.


Foto: A. Klemt

Doreen Schulze, *Mitglied der Gemeindevertretung, Fraktion SPD/ Die Linke*

Gemeinde Großbeeren

Rote Linie – aber offenbar nur nach links

Die CDU Großbeeren hat einen Brandbrief an Bundeskanzler und CDU-Chef Friedrich Merz geschrieben. Darin beklagt sie den Vertrauensverlust der CDU und warnt vor einer Zusammenarbeit mit der Linken. Besonders bemerkenswert ist ein Satz: Eine CDU-Regierung in Sachsen-Anhalt, die auf Unterstützung oder Duldung der Linken angewiesen wäre, würde für die Unterzeichner eine Grenze überschreiten. Sie stellen dafür sogar ihre CDU-Mitgliedschaft infrage.

33 CDU-Mitglieder ziehen also eine »rote Linie« bei der demokratischen Linken. Doch wo verläuft die rote Linie gegenüber der AfD? Noch problematischer wird es durch die öffentlichen Äußerungen des CDU-Großbeeren-Vorsitzenden Adrian Hepp. Im Interview mit WELT macht er deutlich, dass er die Brandmauer zur AfD für falsch hält. Zusammenarbeit mit der Linken wird zum Grund für mögliche Parteiaustritte erklärt, während die Abgrenzung gegenüber der AfD infrage gestellt wird.

Diese politische Schieflage ist entlarvend. Denn genau hier zeigt sich, welche politischen Maßstäbe angelegt werden. Die Linke soll der politische Teufel sein, gleichzeitig soll die Brandmauer gegen eine Partei, die rechtsextreme Positionen vertritt, fallen. Man muss nicht mit der Linken einer Meinung sein. Das gehört zur Demokratie. Aber politische Differenzen mit einer demokratischen Partei sind etwas grundsätzlich anderes als die Normalisierung einer extrem rechten Partei. Das sollte jede demokratische Partei klar wissen. Gerade angesichts wachsender rechter Gewalt müsste die CDU sich fragen, warum sie über die AfD nicht mit derselben Klarheit spricht wie über Die Linke. Wer den Frust der Menschen ernst nimmt, darf die Grenzen nach rechts nicht verschieben.

Unsere rote Linie ist eindeutig: Keine Zusammenarbeit mit Rechtsextremen. Keine Koalition mit der AfD. Keine Duldung durch die AfD. Keine Normalisierung.

Die CDU Großbeeren darf ihre roten Linien selbst bestimmen. Aber sie muss sich fragen lassen: Warum verläuft eure rote Linie ausgerechnet bei uns – und nicht bei denjenigen, die Demokratie, Menschenrechte und Gleichwertigkeit der Menschen offen infrage stellen? Wer die Brandmauer nach rechts einreißen will, sollte nicht gleichzeitig behaupten, die demokratische Linke sei die größere Gefahr.


Foto: A. Matteschek

Robert Kosin, *Mitglied der Gemeindevertretung, Fraktion SPD/ Grüne/Die Linke*

Stadt Luckenwalde

Neues aus der Stadtverordnetenversammlung



Zur Pride-Woche 2026 wurde auch am Rathaus Luckenwalde die Regenbogenfahne als sichtbares Zeichen für Vielfalt, Toleranz und Gleichberechtigung gehisst.

In der Sitzung im September wurde der Abschluss von Verträgen für das Stadttheater Luckenwalde 2027 und für das 35. Luckenwalder Turmfest 2027 beraten.

Zum **Stadttheater** hat die Verwaltung die Stadtverordneten darüber informiert, dass die qualitative Weiterentwicklung des Veranstaltungsprogramms zu einer Steigerung der Erträge führte, was natürlich positiv zu werten ist. Dem standen wiederum aber auch erhöhte Aufwendungen gegenüber. Dies sei im Wesentlichen auf marktbedingte Preissteigerungen bei künstlerischen Leistungen sowie auf gestiegene GEMA-Gebühren zurückzuführen. Die Beschlussvorlage zum Stadttheater wurde von den Stadtverordneten einstimmig beschlossen. Damit wird der Verwaltung gestattet, zur Vorbereitung und Durchführung des Theaterbetriebes im Jahr 2027 Verträge bis zu einer Höhe von 78.500,00 EUR (brutto) abzuschließen. Bürgermeister Jochen Neumann (parteilos) hat mit Amtsantritt das **Turmfest-**Konzept zu Recht vom Kopf auf die Füße gestellt. Oberstes Ziel waren Einsparungen bei den Ausgaben städtischer Mittel, bei gleichzeitiger Steigerung der Qualität des Turmfestes. Das angepasste Konzept habe nach Sicht der Verwaltung die angestrebte Neuausrichtung erfolgreich unter Beweis gestellt. Durch die Fokussierung auf lokale Akteur*innen und die Verlagerung vieler Aufgaben auf städtisches Personal, konnte die lokale Verankerung gestärkt und die Identifikation der Bürger*innen mit dem Fest gefördert werden. Der freie Eintritt habe maßgeblich dazu beigetragen, das Turmfest als inklusives Familienfest im Herzen der Stadt zu etablieren. Die Auswertung des Turmfestes 2026 zeige jedoch auch die notwendigen Anpassungsschritte für die kommenden Jahre auf. Ein steigendes Besucheraufkommen führe zum Beispiel zwangsläufig zu einem erhöhten Aufwand bei der Sicherstellung der öffentlichen Ordnung, dem Verkehrsmanagement sowie der allgemeinen Infrastruktur. Um die Planungssicherheit für alle beteiligten Akteur*innen (Schausteller*innen, lokale Vereine, Sponsor*innen) zu gewährleisten und die hohe Qualität sowie die Sicherheit des Festes auch bei steigenden Besucherzahlen garantieren zu können, sei eine angemessene Aufstockung des Planansatzes erforderlich. Die Verwaltung beantragte daher die Freigabe von bis zu 170.000 Euro. Das stellt im Vergleich zum Turmfest 2026 einen um knapp 10.000 Euro höheren Plansatz dar.

In der Abstimmung waren die Fraktionen GfL und BfL gegen die Turmfest-Beschlussvorlage, alle anderen Fraktionen waren dafür – mehrheitlich beschlossen. Warum GfL und BfL mit Nein stimmten, würden wir hier gern mitteilen, können wir aber nicht. Es gab zu der Beschlussvorlage keine Debatte beziehungsweise weder eine Wortmeldung von GfL noch BfL.

Einführung eines verbindlichen Auszahlungstermins für Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld

Den Fraktionen GfL und BfL scheint besonders wichtig zu sein, dass sie verlässlich Steuergeld bekommen. Die Tätigkeit als Stadtverordnete*r ist ein Ehrenamt. Nichtsdestotrotz gibt es dafür eine von der Stadtverordnetenversammlung festgelegte Aufwandsentschädigung. Diese ist ausdrücklich kein Einkommen, sondern »nur« eine Entschädigung. Für manch einen Stadtverordneten scheint aber die absolut pünktliche Auszahlung eben dieser Entschädigung essenziell zu sein. Anders kann man sich wohl den von der GfL-Fraktion gestellten Antrag nicht erklären. Wenn's um Geld geht, werden viele Dinge offenbar kleinlich … Dankenswerterweise hatte die Stadtverwaltung für die Stadtverordneten dazu eine Faktensammlung zusammengestellt. Diese zeigte mehr als deutlich auf, über was man hier eigentlich spricht und wie pünktlich und verlässlich die Gelder an die kommunalen Mandatsträger*innen ausgezahlt werden.

Am Ende war die Abstimmung zum Anliegen der GfL ziemlich eindeutig: Nur die Fraktionen GfL und BfL waren dafür, alle anderen stimmten dagegen.

Felix Thier, *Vorsitzender der Fraktion Die Linke/LÖS*

Stadt Baruth/Mark

Red Bull und das Wasser: Erneut hitzige Debatte in der Baruther SVV

Am 17. September 2026 wurde es in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) der Stadt Baruth/Mark erneut laut. Was zunächst wie eine reguläre Sitzung mit verschiedenen kommunalen Themen begann, entwickelte sich während der Einwohnerfragestunde zu einer kontroversen Diskussion. Im Mittelpunkt stand einmal mehr die geplante Erweiterung des Red Bull-Werks im Industriegebiet und die damit verbundene Frage nach der zukünftigen Wasserversorgung. Das Thema beschäftigt die Baruther Kommunalpolitik und viele Einwohner*innen bereits seit längerer Zeit. Insbesondere die geplante Dosenproduktion sorgt für Diskussionen. Kritisch gesehen wird dabei vor allem der mögliche zusätzliche Wasserbedarf der industriellen Produktion. Die generelle Frage um den Stand des Grundwassers und welche Auswirkungen die geplanten Erweiterungen auf die Wasserressourcen der Region haben könnten, sind Fragen, die immer wieder für Gesprächsstoff sorgen. Auch in der Sitzung am 17. September blieb die Diskussion nicht rein sachlich. Während der Einwohnerfragestunde kam es zu lauten Zwischenrufen und Auseinandersetzungen über die geltenden Regeln. Die Situation spitzte sich schließlich so weit zu, dass ein Platzverweis angedroht wurde. Daraufhin entwickelte sich ein hitziger Wortwechsel zwischen den Beteiligten und der Sitzungsleitung. Zusammengefasst kann man sagen, dass die Thematik Dosenfabrik wohl auf weiteres ein schwieriges Thema bleibt, das Fragen aufwirft, die endlich mit offiziellen Zahlen beantwortet werden sollten. Wir als Linke in Baruth/Mark werden die Situation weiterhin beobachten und mit beiden Seiten im Austausch bleiben. Nach wie vor gilt für uns jedoch: Fakten dürfen hier nicht mit Gefühlen verwechselt werden.

Josie Mechler,
Die Linke Baruth/Mark

Impressum

Herausgeber: Die Linke im Kreistag Teltow-Fläming · V. i. S. d. P.: Felix Thier · Redaktion: Felix Thier · Redaktionsschluss: 30. September 2026
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circle Offset white Recyclingpapier, 100 % Recyclingfasern
Auflage: 1.500 · Oktober 2026, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.